

Dill-Beitung

Zeitung für das Dilltal

Dillenburger Tageblatt

Amfliches Kreisblatt für den Dillkreis

Druck und Verlag der Buchdruckerei E. Weidenbach in Dillenburg

Anzeigenpreise: Die 6-spaltige Zeile 20 Pfennig, 4-spaltige 15 Pfennig, 3-spaltige 10 Pfennig, 2-spaltige 5 Pfennig. Bei Wiederholungen halber Preise. Anzeigen für den Dillkreis werden auf Wunsch durch die Geschäftsstelle 25 Pf. Offertenzeichen oder Auskunft durch die Geschäftsstelle 25 Pf.

Ausgabe täglich nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: Vierteljährlich ohne Frachtkosten 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. Bestellungen nehmen entgegen die Geschäftsstelle, die Zeitungs-Verkaufsstellen und die Land- und Pächter, sowie sämtliche Postanstalten.

Geschäftsstelle und Schriftleitung Schußstraße 1. — Fernruf Nr. 24. — Postfachkonto 8563 Frankfurt a. M. — Bankkonten: Landesbankstelle Dillenburg und L. Pfeiffer, Depotskasse, Dillenburg.

Nr. 278

Mittwoch, den 27. November 1918

78. Jahrgang

Die Berliner Konferenz.

Bazillismus oder Bolschewismus?

Der ehrlichste sozialdemokratische Führer ist Philipp Scheidemann, denn er spricht sich offen und ehrlich für die Einheit des Reiches aus und ist ein entschiedener Gegner des Bolschewismus. Die übrigen Führer sind durchweg befreit, alle ihre Volksgenossen einseitig zusammenzuführen und nur die Deutsche beizubehalten offensichtlich die Trennung. In Berlin spielt man mit verdeckten Karten. Ebert spricht sich für die baldige Einberufung der Nationalversammlung aus, sucht diese aber mit allen Mitteln zu hintertreiben. Er glaubt, den Bürgerlichen zu große Konzessionen zu machen, und will deshalb erst die Einberufung einer Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte veranlassen. Ebert spricht sich für eine unparteiliche Beurteilung der Sachlage aus, und treibt doch im Geheimen Sonderpolitik. Und alle tun sie es, die immer für Redefreiheit und freie Meinungsäußerung eingetreten sind. Das ist wirklich einseitige Politik.

Unsere einzige Rettung ist heute eine entschiedene sozialistische Politik und die Eindämmung des Imperialismus und der Diktatur. Die Schreier, die früher den Imperialismus verdammt haben, wenden heute, wo sie die Macht in den Händen haben, dieselbe Methode an. Und diese heißt Diktatur. Der Böbel hält seine Macht mit zähen Händen fest, und er wird sie auch nicht ohne Kampf hergeben. Dennoch dürfen wir es auf keinen Fall dulden, daß deren Macht sich weiter ausbreitet, sondern wir müssen sie eindämmen. Eindämmen kann aber nur die bürgerliche Nationalversammlung.

Die Regierung Ebert-Haase scheint jedoch unserem Bestreben, eine gemäßigte demokratische Regierungsform zu schaffen, einen Riegel vorzuschieben. Eberts einseitiges Regierungssystem ist stark verkleinert mit dekorativen demokratischen Programmen, an deren Erfüllung man niemals denkt. Es werden vielleicht Zeiten kommen, wo wir alle den Einmarsch der Entente in Deutschland erleben werden, wenn die Müt des Bolschewismus höher und höher wächst. Von zwei Übeln wählt man bekanntlich das kleinere. Das Leben unter der Fremdherrschaft ist erträglicher wie ein Bürgerkrieg in seinen schlimmsten Folgen. Wir haben immer und immer wieder gewarnt. Will die Regierung nicht hören, so mag sie selber die Folgen tragen. Wenn es zum Blutvergießen kommt, so kommt das Blut nicht über uns, sondern über die hunseliche Ebertsche Regierung.

Gibt es wirklich keine Gefährnisse mehr, in denen ein feindliches Ausharren wie Bismarck, Bismarck und Luxemburg sicher sind? Tragt das Volk selbst nicht einen Teil der Verantwortung, das in seiner spontanen Begeisterung der ersten Revolutionstage die Tore der Gefängnisse geöffnet hat?

Am Sonntag fand die Konferenz der deutschen Bundesstaaten im Kongresssaal des Reichstagspalais statt. Das Ergebnis der Verhandlungen war: 1. Die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme stehen geschlossen zur deutschen Republik. Sie verpflichten sich, entschieden im Sinne der Reichseinheit zu wirken und separatistische Bestrebungen zu bekämpfen. 2. Der Versuch einer konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Wunsch der Reichsleitung, die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen. 3. Bis zum Zusammenritt der Nationalversammlung sind die Arbeiter- und Soldatenräte die Repräsentanten des Volkswillens. 4. Die Reichsleitung wird ersucht, auf die schnelle Herbeiführung eines Präliminarfriedens hinzuwirken.

So ist wieder notwendig ein Kompromiß zusammengezwungen worden. Verharrt aber Ebert bei seiner Jauderei, dann werden die deutschen Staaten sich von Berlin trennen und Staaten für sich bilden. Nichts aber wäre gefährlicher, denn die Kleinstaaterei. Der Staat, der sich am allergeringsten konsolidiert hat, ist Bayern, denn es hat im Westen und Norden eine bewunderungswürdige Ordnung und Zusammenarbeit gezeigt. Auch Baden hat ziemlich schnell wieder festen Boden unter den Füßen gehabt. Nur Preußen ist im Rückstand. Der Klassengeist und das Mißtrauen will nun einmal nicht bei uns schwinden. Wie lange bewirkt die Regierung uns bei dem augenblicklichen Problem noch zu beglücken? Wir sind wahrlich nicht erbaut und wünschen bald, aber recht bald, eine Entscheidung. Die Unzulänglichkeit und Unsicherheit der heutigen Zustände ist klar erwiesen. Ich will hier nur das Vorgehen des Dilldorfer A. und S. Rates gegen die „Dilldorfer Nachrichten“ erwähnen. Es gedenkt die Regierung zu um diesen unheilvollen Zuständen ein Ende zu bereiten? Herr Ebert möge sich endlich entscheiden, welchen Weg er einschlagen will. Er möge uns aber nicht hintertreiben, denn lassen wir nicht mit uns spielen. Die nächsten Schritte werden über die Erhaltung oder Vernichtung des deutschen Volkes entscheiden. Nicht allein die äußere Not drückt uns, sondern auch die innere. Nicht nur von außen drohen wir, sondern auch im Innern. Die Entente ist gegen eine Diktaturherrschaft und hat betont, daß sie eine solche befehlen werde. Die Gefahr liegt nahe, daß Deutschland der Entente besetzt wird. Auch bei uns ist jeder vernünftige Staatsbürger gegen ein einseitiges Regierungssystem. Wenn wir den Bolschewismus bekämpfen, die Diktatur zu verhindern suchen, dienen wir dem Wohle des Vaterlandes. Jeder gerüstet sein und in den nächsten Tagen an der

Wahlurne seinen Mann stellen. Jeder Deutsche muß heute wissen um was es sich handelt. Es geht um das Ganze. Es geht um unser und des Volkes Glück.

Das amerikanische Friedensangebot.

Ezernin und Wolffe Beschönigungsversuche.

Rünchen, 26. Nov. (B.B.) Mit Bezug auf den Brief des Grafen Ezernin an die „Neue Freie Presse“, veröffentlicht unter dem 23. November, teilt Prof. Dr. Jaffé unter dem 23. November mit:

„Graf Ezernin veröffentlicht in der „Neuen Fr. Pr.“ ein Schreiben des Inhalts, die Nachricht, daß Deutschland und Österreich-Ungarn im Herbst 1917 ein Friedensangebot von Amerika erhalten hätten, sei, soweit Österreich-Ungarn in Betracht käme, falsch. Dem Grafen Ezernin sei von einer Aktion des Genfer Vertrauensmannes Wilsons, der sich an Deutschland gewendet habe, nichts bekannt. Graf Ezernin scheint ein etwas kurzes Gedächtnis zu haben. Es wird wohl genügen, wenn ich nachstehend den Wortlaut eines Briefes, den Graf Ezernin beim Überbringen des amerikanischen Friedensangebotes schrieb, zum Ausdruck bringe. Das Schreiben, dessen Original mir vorgelegen hat, ist vom 2. Januar 1918 datiert und lautet:

„Euer Hochwohlgeboren! Ihre mündlichen Darlegungen haben mich, wie ich Ihnen bereits gesagt habe, in hohem Maße interessiert. Ich würde vollaus das patriotische Interesse, mit dem Sie sich all den schwierigen Problemen widmen. Ich komme aber bei näherem Überdenken Ihrer Mitteilung zu dem Schluß, daß es sich aus tatsächlichen Erwägungen nicht empfiehlt, im gegebenen Momente und wohl auch für die nächste Zukunft die von Ihnen ausgenommenen Fäden fortzuführen. Ich beehre mich daher, das Ersuchen an Sie zu stellen, sich bis auf weiteres nicht ins Ausland zu begeben, und behalte mir vor, im gegebenen Momente an Euer Hochwohlgeboren heranzutreten, um mir Ihre wertvolle Mitarbeit zu sichern. Empfangen Sie von Ezernin, Ministerpräsident.“

Damit ist die Angelegenheit Ezernin wohl beendet. Zu den Mitteilungen des Auswärtigen Amtes bezüglich des Friedensangebotes an Deutschland möchte ich noch bemerken, daß das betr. Schriftstück meinerseits nicht, wie das Auswärtige Amt sagt, am 10. September 1917, sondern am 10. Dezember 1917 in die Hände des Unterstaatssekretärs von dem Bussche übergeben wurde. Es war ursprünglich meine Absicht, die Mitteilungen über das Friedensangebot erst vor dem künftigen Staatsgerichtshof zu machen, der die Vorgeschichte des Krieges nachprüfen haben wird. Nun verbreitet aber das B.B. am 20. November jenes Dementi, das dem mir bekannten Tatsachen widerspricht. Es zeigt sich also, daß auch heute noch vollkommene Revolution das Auswärtige Amt an denjenigen Methoden festhält, die in den letzten Jahrzehnten so unsägliches Leid über Deutschland gebracht haben. Die Gefahr mußte vermieden werden, daß diese selben Männer, die für die Fehler der Vergangenheit mit verantwortlich waren, im Rahmen des Deutschen Reiches und Volkes an den kommenden Friedensverhandlungen teilnehmen würden. Nur um dieser, meinem Ermessen nach unermesslichen Gefahr vorzubeugen, entschloß ich mich, zur Veröffentlichung jener Tatsachen zu schreiten. Es muß eindeutig und vor aller Welt festgesetzt werden, was die merkwürdige Phrasologie des Auswärtigen Amtes eigentlich bedeutet. Ich wiederhole: Am 21. November erklärte das B.B., daß keiner der Feinde Deutschlands im Weltkrieg jemals ein Friedensangebot gemacht hat. Am 23. November ist dasselbe Auswärtige Amt genötigt, zuzugeben, daß eine derartige Mitteilung tatsächlich an das Auswärtige Amt ergangen sei. Da nunmehr laut Mitteilung der Abendblätter vom 23. November die Unterstaatssekretäre von dem Bussche und von Stumm in den nächsten Tagen ihr Abschiedsgesuch einreichen werden, so darf man damit die Angelegenheit wohl als erledigt betrachten. Jaffé.“

(Ich verweise auf meinen Leitartikel vom Samstag „Nicht ins Dunkel“. Die Leser mögen nun selbst urteilen, wer mit seiner Behauptung recht hat. Red.)

Demission Dr. Solfs?

Berlin, 26. Nov. (T.U.) Wie die Freiheit schreibt, darf nach dem Verlauf der gestrigen Reichskonferenz damit gerechnet werden, daß der Staatssekretär Solfs seinen Abschied nehmen wird.

Rücktritt Spahn.

Berlin, 26. Nov. (T.U.) Wie die „Freiheit“ hört, hat der preussische Justizminister Spahn seine Entlassung eingebracht. Das Reichsjustizamt dürfte in Zukunft mit gleichen Befugnissen von den Genossen Rosenfeld als Vertreter der unabhängigen sozialdemokratischen Partei und dem Reichsanwalt Heine als Vertreter der sozialdemokratischen Partei Scheidemannscher Richtung vertreten werden.

Die Präliminarverhandlungen.

Genf, 25. Nov. (T.U.) Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ sollen die Vorverhandlungen erst Ende Januar beginnen. Die Unterzeichnung sei dann Ende Februar zu erwarten.

Die Freistaaten-Konferenz.

Berlin, 26. Nov. (B.B.) Die Nachmittagsitzung wurde eingeleitet durch den Volksbeauftragten Barth, der die Konstituante für notwendig erklärte, aber zuerst die A- und S-Räte als Vorparlament berufen will. Die Diktatur wolle niemand verlängern, und zu der Frage, ob Nationalversammlung oder Friedensparlament, könne man sich erst äußern, wenn sie gestellt würde.

Präsident Meißner (Braunschweig) wendet sich scharf gegen die Konter-Revolution, die schuld sei, wenn ein Tropfen Blut fließt, und gegen die Krensch-Taktik der Regierung. Die Diktatur müsse so lange aufrechterhalten werden, bis die Verhältnisse sozialistisch umgestaltet seien. Die Regierung müsse vom Volkszorn weggesetzt werden. Sie gehöre nicht auf ihren Platz.

Ebert verweist darauf, daß die Regierung vom Vertrauen der Parteien und der A- und S-Räte getragen sei und daß an dem angeblichen Bericht des Generals Sigi von Armin, den der Korredner zitiert habe, nicht ein Wort wahr sei.

Erstbier (Württemberg) warnt vor übertriebener Hitze gegen einen scheinbaren Bolschewismus, erklärt sich aber uneingeschränkt für die Nationalversammlung. Er verlangt eine wirklich gute Presseabteilung und einen Gerichtshof für die Schuldigen am Krieg, nicht zur Bestrafung, sondern zur Feststellung.

Geiß (Baden) spricht für baldigste Nationalversammlung, weil ohne sie kein Frieden möglich sei.

Eisner warnt vor Durchführung des Sozialismus im Augenblick der Zerrüttung. Er bezeichnet die A- und S-Räte und die Bauernräte als Grundlage der künftigen Arbeit. Die Nationalversammlung müsse die Krönung des Gebäudes und nicht die Grundlage sein. Die Regierung sei rein sozialistisch umzuformen, das Auswärtige Amt mit unbelasteten Männern zu besetzen und schließlich ein Präsidium zu wählen, das Deutschland vertritt und mit der Entente verhandelt. Er verliest sodann seinen schon veröffentlichten Protest gegen Hindenburg.

Ebert verteidigt sich gegen die Angriffe auf die Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch sei, und dagegen, daß man mit Redensarten über die große Arbeit der Volksbeauftragten hinweggehe.

Nach Erklärungen Erzbergers, der den Imperialismus unserer Feinde beleuchtet, und den Ausführungen Kaufmanns über die Beteiligung des Bürgertums an der Volksvertretung nach Maßgabe seiner wirtschaftlichen Kraft, verteilte Ebert die eingegangenen Anträge.

In der weiteren Debatte protestiert Haas (Karlsruhe) gegen jede Diktatur von Berlin und erklärt die Nationalversammlung für das einzige Mittel gegen den Separatismus.

Scheidemann unterstreicht Eisners Ansicht, daß man im Augenblick der Zerrüttung nicht sozialisieren könne, und wendet sich gegen das Klassenparlament, wie es die A- und S-Räte auf die Dauer wären. Er nennt die technischen Schwierigkeiten der Nationalversammlung lächerliche Vorwände. Wir brauchen keine Wählerlisten, sondern nur Legitimationen für jeden Wähler, die nach der Wahl abgestempelt werden, und für jede Partei eine Wählerliste für das ganze Reich.

Gradnauer (Sachsen) schließt sich ihm an und nennt die Nationalversammlung eine Schicksalsfrage.

Beigeordneter Herzfeld spricht für unbedingte Beibehaltung der A- und S-Räte, bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Haase weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerlichen bereit erklärten. Scheidemanns Vorschlag billigt er nicht und betont, die Schwierigkeiten, z. B. ob in okkupierten Gebieten frei abgestimmt werden könne und wie es in Posen gehandhabt werden solle. Nationalversammlungen in den Bundesstaaten bittet er zurückzustellen. Zitiert Solfs und den Volksbeauftragten herrschen allerdings Meinungsverschiedenheiten, welche die heutige Rede noch vertieft. Unverantwortliche Einflüsse gegen die sozialistische Republik dulde die Reichsregierung nicht.

Nach kurzer Schlußantrag-Debatte, in der Minister Hirsch bedauert, nicht im Namen Preußens gegen die Lösung preussischer Gebietsteile protestieren zu können, wird auf Vorschlag Eberts folgendes

Resumé

als Ergebnis der Verhandlungen angenommen:

1. Die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme stehen geschlossen zur deutschen Republik. Sie verpflichten sich, entschieden im Sinne der Reichseinheit zu wirken und separatistische Bestrebungen zu bekämpfen.

2. Der Versuch der konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Wunsch der Reichsleitung, die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen.

3. Bis zum Zusammenritt der Nationalversammlung sind die A- und S-Räte Repräsentanten des Volkswillens.

4. Die Reichsleitung wird ersucht, auf schnelle Herbeiführung eines Präliminarfriedens hinzuwirken.

Beim letzten Punkt der Tagesordnung über die wirtschaftliche Lage erstatteten Staatssekretär Wurm vom Reichsfinanzamt, Staatssekretär Röth vom Mobil-

Verhaftet wurden von Deutschen Soldaten und Zivilisten, die aber nach ihrer Vernehmung sofort wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Ueber das Verhalten der feindlichen Truppen sind bisher keine Klagen laut geworden. In der vergangenen Nacht kamen auf dem hiesigen Bahnhof die Quartiermacher für die Besetzung der hiesigen Gegend durch.

Die Rückkehr der feindlichen Zivilinternierten.
Berlin, 23. Nov. (W.B.) Die Rückkehr der feindlichen Zivilinternierten war am 23. November im allgemeinen durchgefallen: nur einzelne kleinere Transporte aus Nord- und Ostdeutschland waren infolge Wagenmangels noch unterwegs. Die alle, ebenso wie zwei größere Gruppen von je 600 Köpfen aus dem Lager Holzminde, von denen die eine die holländische Grenze bisher nicht überschreiten konnte, werden rechtzeitig noch heute vor Mitternacht in Neßl bzw. Rößlitzog oder an einem Ort der belgischen Grenze übergeben werden. Deutsche Wirtschafts- und Handelskommission: Staatssekretär Erzberger, Vorsitzender.

Einberufung des Reichstages?
Berlin, 23. Nov. (T.L.) Wie eine Korrespondenz aus einer vertrauten Quelle wissen will, hat die gegenwärtige Reichsregierung den Reichstag einberufen. Herr Behrensdorf habe sich bereit erklärt, dem Ersuchen zu entsprechen unter der Voraussetzung, daß ihm der notwendige militärische Schutz gewährt werde. Die Entscheidung darüber steht noch aus.

Die Errichtung einer roten Armee.
Berlin, 23. Nov. (T.L.) Zur Frage der Errichtung einer sozialistischen Armee meinet der „Vorwärts“, daß die zuständigen Stellen bisher noch nicht dazu gekommen sind, Vorbereitungen in dieser Hinsicht zu treffen. Wahrscheinlich müßten Teile der zurückströmenden Armee als Stütze der Staatsgewalt beibehalten werden. Die Entscheidung darüber ist dem Vorgesetzten vorbehalten.

Die Ankunft der russischen Generalkonsulate in Berlin.
Berlin, 23. Nov. (T.L.) Gestern Abend um 10 Uhr kam auf dem Schlesischen Bahnhof ein Extrazug — der erste von drei Zügen — ein. Er brachte 800 Personen der Moskauer und Petersburger Generalkonsulate, ferner der Gehobenen- und Rückwanderungskommissionen, und zwar 600 aus Moskau und 200 aus Petersburg. In der Demarkationslinie stieg in den Zug der das Generalkonsulat aus Moskau kommende, Joffe ein.

Staatliche Verlegung der Schulbücher.
Berlin, 23. Nov. (T.L.) Aus Buchhändlerkreisen wird dem „Berl. Tgl.“ mitgeteilt, daß der Kultusminister Adolf Hoffmann ein Monopol für sämtliche Schulbücher herausgeben beabsichtigt. Diese sollen unter Ausschaltung des privaten Verkaufs und des privaten Verlags von Staats wegen verlegt und gedruckt werden.

Die Lage in Deutsch-Böhmen.
Reichenberg, 23. Nov. (W.B.) Das Presseamt der Landesregierung für Deutsch-Böhmen meldet: Am Sonntag Abend machten in Böhmen-Beiba lagernde tschechische Truppen den Versuch, von der Station der böhmischen Nordbahn gewaltsam Besitz zu ergreifen. Tschechische Beamte und zwei Lokomotivführer wollten den Dienst übernehmen. Die erste Tat war, daß zwei Lokomotiven gestrandet und nach Prag geschickt wurden. Montag früh erfuhr die Arbeiterschaft der Nordbahn von dem Vorgang. Sie hielt sofort eine Versammlung ab und beschloß, den tschechischen Vorgesetzten keine Folge zu leisten. Sofort nach der Versammlung begann die passive Resistenz des Betriebspersonals, so daß im Laufe des Tages bereits Störungen im Güterverkehr eintraten. Die Betriebsarbeiter der böhmischen Nordbahn beschloßen, in Streik zu treten, wenn nicht die tschechischen Truppen aus Böhmen-Beiba sofort entfernt werden. Die Betriebsarbeiter der tschechischen Eisenbahn erklärten sich mit den Beschlüssen der Nordbahnarbeiter solidarisch.

Tiroler Anschluß an Deutsch-Österreich.
Innsbruck, 23. Nov. (W.B.) Der Tiroler Nationalrat hat in einer Entschließung erklärt, daß nur die aus eigener und direkter Wahl hervorgegangenen endgültigen Volksvertretungen dauernde Einrichtungen und das Verfassungsrecht schaffen können. Der Tiroler Nationalrat erklärt sich für die Staatsform und für den Anschluß Tirols an die Deutsch-Österreichische Republik, vorbehaltlich der endgültigen Regelung der staatsrechtlichen Gestaltung des Landes durch die zu wählende Volksvertretung. Bei den Friedensverhandlungen dürfe über das Schicksal Tirols nicht ohne das Einverständnis der autonomen Landesvertretung entschieden werden. Die Vertreter des Landes seien daher zur Friedensverhandlung hinzuzuziehen.

Die Besetzung Innsbrucks und Salzburgs durch die Italiener.
Innsbruck, 23. Nov. (T.L.) Gestern früh sind die italienischen Truppen, welche in Marzoi gehalten hatten, aufgezogen und nach Innsbruck zu marschieren. In den Mittagsstunden machten die Italiener außerhalb Innsbrucks Halt. Die Stadt selbst wurde nur von Quartiermachern besetzt. Der Einzug in die Stadt soll erst heute morgen im pompösen Weise erfolgen. Circa 20000 Mann sollen das Becken von Innsbruck besetzen. Wahrscheinlich werden auch die bayerischen Grenzpunkte in Tirol und in Salzburg von den Italienern besetzt werden. Auch nach Salzburg selbst soll eine Abteilung der Italiener kommen.

Südtirol in der Gewalt der Italiener.
Wien, 23. Nov. (T.L.) Deutsch-Südtirol wurde von den Italienern als unabhängiger Bestandteil Italiens erklärt und auf dem Vojener Rathaus die italienische Triflore aufgezogen.

Der neue südslawische Staat.
Budapest, 23. Nov. (T.L.) Nach zweitägiger Debatte hat der südslawische Nationalrat in Agram die Vereinigung des Staates der Slowenen, Kroaten und Serben, der aus dem ganzen ununterbrochenen südslawischen Gebiet der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie gebildet wurde, mit den benachbarten Serbien und Kroatien proklamiert.

Zusammenstoß der Italiener und Südslawen.
Salzach, 23. Nov. (T.L.) In St. Wolfgang kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen italienischen Soldaten und der eingeborenen Bevölkerung. Als die Italiener einige im militärischen Alter stehenden Männer internieren und wegführen wollten, leisteten diese beträchtlichen Widerstand. Es kam zu einem

Kampfe, der mehrere Opfer forderte. Umgekehrt 100 Mann zogen mit einem Maschinengewehr heran. Den anstehenden Italienern gelang es nicht, den Widerstand der Südslawen zu brechen.

Belgischer Appetit auf Luxemburg.
Haag, 23. Nov. (T.L.) In der Geheim Sitzung des belgischen Parlaments erklärte der Deputy Taberlain, Belgien habe immer seine Pflicht als neutraler Staat erfüllt und habe für seine Freiheit gekämpft, nicht aber für die Eroberung von Gebiet. Wenn aber die Allerten vorschlägen würden, Luxemburg mit Belgien zu vereinigen, so würde Belgien das annehmen als Wiederherstellung des Irrtums und der Ungerechtigkeit, die auf der Londoner Konferenz begangen wurden.

England und Amerika.
Paris, 23. Nov. (W.B.) „Petit Parisien“ meldet: Präsident Wilson wird, wenn er nach Europa kommt, in einem französischen und nicht in einem englischen Hafen landen. Die Abreise ist auf den 4. Dezember festgesetzt. Prinz Murat stellt sein Palais in der Rue Ransseau dem dem Präsidenten während seines Aufenthaltes in Paris zur Verfügung. Das Anerbieten ist von der amerikanischen Botschaft angenommen worden.

Washington, 23. Nov. (W.B.) In seiner Rede im Marineauschuß des Repräsentantenhauses erklärte der Leiter des Marinebauwesens, Admiral Tabor, daß im Juli 1920 die amerikanische Marine mehr als zweimal soviel Schiffe haben werde als bei Beginn des Krieges. Der Hauptteil des Zubehörs werde auf die Zerstörer entfallen. Für 100 Zerstörer seien jetzt die Aufträge vergeben und 240 (?) würden während der nächsten 18 Monate gebaut werden. Der neue Dreadnought, „Idaho“ werde in ungefähr zwei Monaten in Auftrag gegeben; andere, wie „Tennessee“ und „California“ seien jetzt im Bau. Zwei andere werden im Sommer 1920 fertig sein. Das Programm verlange auch 20 U-Boote.

Auflösung des englischen Parlaments.
London, 23. Nov. (W.B.) Der König hat die Proklamation unterzeichnet, durch die das Parlament aufgelöst wird.

Die Aktion der Entente gegen Rußland.
Rotterdam, 23. Nov. (T.L.) Times, Morningpost und Daily Telegraph melden die Aufrechterhaltung der Mobilisierung der Entente zum beschleunigten Vormarsch nach Rußland. Der russische Volkswiderstand wird bekräftigt. Moskau und Petersburg sind im Frühjahr wieder Stätten der Kultur und der demokratischen Freiheit.
Zürich, 23. Nov. (T.L.) Der „Secolo“ meldet das Auslaufen der italienischen Flotte nach Marseille zur Beschießung der Truppentransporte der Allierten nach dem Osten zum Vormarsch nach Moskau. Die römische „Tribuna“ meldet: Italien nimmt mit 20000 Mann an dem Feldzuge gegen Rußland teil.

Kleine Mitteilungen.
Berlin, 23. Nov. (T.L.) Der neu ernannte Vertreter der deutsch-österreichischen Republik in Berlin Dr. Eudo Hartmann ist gestern in Berlin eingetroffen. Er nahm sofort an der Versammlung der Vertreter sämtlicher Bundesstaaten in der Reichskanzlei teil.
Berlin, 23. Nov. Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Paris: Der Bergarbeiterstreik in Oberschlesien ist beendet. Heute sind fast alle Bergwerke eingefahren. Im Rheinischer Revier werden die Einigungsverhandlungen fortgesetzt.
Budapest, 23. Nov. (T.L.) Aus den Steiermärkischen Grenzgebieten treffen wahre Horden von Rumänen ein. Die Rumänen haben an vielen Punkten die Grenze überschritten und sind fegend, plündernd und mordend in die Dörfer eingedrungen. Die zum Schutze herbeigerufenen Nationalgardisten plündern selbst in diesen Gebieten wo sie nur können. Besonders hat die jüdische Bevölkerung darunter zu leiden.
Triest, 23. Nov. (T.L.) Der hiesige südslawische Nationalrat ist mit Gewalt aufgelöst worden. Die Räume, welche der Nationalrat bisher bewohnte, wurden geschlossen und versiegelt.

Zürich, 23. Nov. (T.L.) Die Franzosen sind unter Führung des Generals Gouraud festerlich in Straßburg eingezogen. Gouraud erteilt eine Verurteilung an die Bevölkerung, daß Frankreich wie eine Mutter ihr verlorrenes Kind wieder aufnehmen.
Genf, 23. Nov. (T.L.) Der „Herald“ meldet aus Tokio: Der Oberbefehlshaber der japanischen Armee in Sibirien telegraphiert, daß die japanischen Bochnen Tomsk erreicht haben und im Vormarsch auf Tobolsk sind.

Lokales und Provinzielles.
— Hausfluchtungen nur bis 31. Dezember. Mit Rücksicht auf die Kartoffel- und Getreideverknappung ersuchte der Staatssekretär des Reichsernährungsamtes die Bundesregierungen anzuordnen, daß Hausfluchtungen bis zum 31. Dezember beendet sein müssen und nur in besonderen Ausnahmefällen eine Verlängerung des Termins zulassen. Nach dem 1. Januar 1919 noch in den Beständen ohne Genehmigung befindliche schlachtfähige Schweine, sind, abgesehen von Jungschweinen, auf deren Erhaltung mit allen Mitteln hinzuwirken ist, und von noch nicht abgenommenen Betrageschweinen, möglichst ohne Verzögerung zur Erfüllung der Schlachtleumlage heranzuziehen.
— Wichtig für die Reklamieren! Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß alle Leute, die einen Passvermerk haben, nach welchem sie zwecks Arbeitsaufnahme entlassen und bis zu einem bestimmten Zeitpunkt vom Heeresdienst befreit waren, nunmehr als entlassen gelten. Es ist also nicht mehr erforderlich, daß sich diese Leute nochmals beim Bezirkskommando oder bei der Wehrstelle abmelden, um einen Entlassungsschein zu erlangen.

Herborn, 23. Nov. Ein höchst bedauerlicher Unfall hat sich hier gestern Abend ereignet. Der Soldat Hülsmann hantelte mit einem geladenen Armeerevolver. Dieser entlief sich plötzlich; die Kugel traf die Frau des H. derart in den Kopf, daß die Bedauernswerte nach drei Stunden den erlittenen Verletzungen erlag.
Bad Ems, 23. Nov. In der Bahn fand man nahe der Brücke eine große Anzahl sehr wertvoller Herren- und Damenuhren. Der Fund rührt vermutlich von einem auswärts begangenen Diebstahl her.
Frankfurt, 23. Nov. In der heutigen Magistrats-Sitzung wurde für Frankfurt als erste Stadt Preußens die

Einführung der Einheitschule zum 1. April 1919 beschlossen.

Rechenheim, 23. Nov. Auf dem Bahnhof Rechenheim-Mainkur bei Frankfurt wurden am letzten Freitag, den 22. November, zum Gaudium aller Reisenden die Fenster des Bahnhofgebäudes blau angestrichen. Als man die Anstreicher nach dem Grunde dieses „Blaumachens“ fragte, antworteten sie: „Das ist wegen die Flieger. Wir haben gestern den Befehl dazu von oben gekriegt!“ Weder Waffenstillstand noch Revolution haben also im Bahnhof Mainkur den guten Amtschimmel aus seiner Ruhe aufstören können. Es mag also noch ein härteres Ereignis eintreten.

Verantwortlicher Schriftleiter: Bruno Benz-Allenburg.

Amfliche Bekannfmachungen.

Bekannfmachung.
Hier und da vorgekommene Mißverständnisse veranlassen uns, darauf hinzuweisen, daß die Fronttruppen selbstverständlich nicht zu entwaffnen sind. Zu den Fronttruppen zählen auch vorausgeschickte, im dienstlichen Interesse tätige Militärpersonen, wie Quartiermacher, Verbindungs-Offiziere usw. Frankfurt a. M., den 25. November 1918.
Der Arbeiter- und Soldatenrat beim stellb. Generalkommando. 18. A.-M.

Verordnung über den Handel mit Gemüsesämereien.

Auf Grund der Verordnung über Kriegsmassnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1918 (Reichsgesetzbl. S. 401) bzw. 18. August 1917 (Reichsgesetzbl. S. 823) wird verordnet:
§ 1. Die Verordnung über den Handel mit Sämereien vom 15. November 1918 (Reichsgesetzbl. S. 1277) wird auf den Handel mit Gemüsesämereien aller Art einschließlich Kohlensämen mit der Maßgabe ausgedehnt, daß Inhaber von Kleinhandelsbetrieben, die Gemüsesämereien ausschließlich im Kleinverkauf an Verbraucher absetzen (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 der Verordnung über den Handel mit Sämereien), der Erlaubnis zum Vertrieb dieses Handels nur dann nicht bedürfen, wenn der Absatz in Mengen von nicht mehr als 250 Gramm erfolgt.
Die Vorschrift im Abs. 1 gilt nicht für den Handel mit Saatgut von Hülsenfrüchten, das zum Gemüseanbau bestimmt ist (Gemüsesaatgut). Insofern verbleibt es bei den dafür geltenden besonderen Vorschriften.
§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem 1. November 1918 in Kraft.
Personen, die bei Inkrafttreten dieser Verordnung bereits Handel mit Gemüsesämereien treiben, dürfen ihren Handel bis zum 1. Dezember 1918 und, wenn sie bis zu diesem Tage den Antrag auf Erteilung der Erlaubnis gestellt haben, bis zur Entscheidung über den Antrag ohne Erlaubnis fortführen.
Berlin, den 19. Oktober 1918.
Der Staatssekretär des Reichsernährungsamts
b. Baldom.

Wird veröffentlicht.
Zur Entscheidung über die Erteilung der Erlaubnis zum Handel mit Gemüsesämereien ist die für die Erteilung der Erlaubnis zum Handel mit Lebens- und Futtermitteln beim Landratsamt schon früher eingerichtete Stelle zuständig. Anträge auf Erteilung der Erlaubnis sind schriftlich durch die Hand der Ortspolizeibehörde hierher einzurichten. Es ist darin anzugeben, ob und seit wann der Antragsteller Handel mit Gemüsesämereien betrieben hat, und ob er wegen Jüngerhandlung gegen die Höchstpreisverordnungen, wegen übermäßiger Preissteigerung und dergl. bestraft ist. Die Ortspolizeibehörde hat sich zu dem Antrag, insbesondere über die Forderungsseite des Antragstellers, zu äußern und anzugeben, ob eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit zur Erteilung der beantragten Erlaubnis vorliegt.
Allenburg, den 23. November 1918.
Der Landrat: v. Schbel

Grundsätze für die Verpflegung der entlassenen Heeresangehörigen.

Der Staatskommissar für die Volksernährung hat durch Erlass vom 18. d. M. folgende Grundsätze für die Verpflegung der Heeresangehörigen bekannt gegeben:
1. Die Verpflegung geschlossener Verbände erfolgt wie bisher durch die Militärbehörden. — Zusatz des Landratsamts. Falls ein geschlossener Verband sich etwa nicht selbst verpflegen kann, so hat die betr. Gemeinde dies der Kreisgesundheitskommission in Allenburg zu melden. Der Kreisgesundheitskommission wird dann entweder aus eigenen Beständen antworten, oder sich an die mitgeteilten militärischen Ausgabestellen wenden.

Gasgefüllte
Wotan-Lampen
sind zeitgemäß
Höchste Umsetzung von Strom in Licht.
In Dillenburg zu haben bei Hrch. Budda, Installations-Geschäft.

Bekanntmachung.

In des Handelsregister Abteilung B in heute unter Nr. 4 bei der Firma Frank & Co. Eisenwerke, G.m.b.H. mit beschränkter Haftung zu Dillenburg bei Dillenburg eingetragen worden, daß das Datum des Beschlusses der Gesellschaftsversammlung vom 29. Juli 1918 in 29. Juni 1918 berichtigt ist.

Dillenburg, den 21. November 1918.

Das Amtsgericht.

Großhandel für Wasserleitungen.

Wir machen darauf aufmerksam, daß es notwendig ist, bei Frostwetter die Wasserleitungen zu schützen und Wasserleitungen gegen Frostschaden zu sichern bzw. die dem Einziehen ausgelegten Leitungsstellen und Wasserleitungen rechtzeitig zu entleeren oder zu verpacken. Durch nicht genügende Verpackung an der Wasserleitung verursachte Schäden fallen den Konsumenten zur Last.

Dillenburg, den 25. November 1918.

Sonn. Inspektor.

Kostenfreie Unterrichtskurse

zur Erlernung der engl. franz. Sprache, eins. doppelten Buchführung, Schönheitspflege, Rechenlehre, Buchstaben, Briefwechsel, kaufm. Rechnen und Stenographie, finden in diesem Semester an der unterzeichneten Handelsschule statt. Auswärtige erhalten den Unterricht nach genauer Anweisung schriftlich. Freie Wahl der einzelnen Fächer. Kostenfreie Uebernahme aller Arbeiten. Am Schlusse eines jeden Faches erhalten die Schüler ein Zeugnis. Die zum Unterricht nötigen Materialien hat sich jeder Teilnehmer selbst zu beschaffen. Weitere Kosten als Porto entstehen nicht. Anfragen unter Beifügung des Rückporto sind an das Sekretariat der Kaufmännischen Privatschule Neff, Ing. Gustav Jahn, Berlin W. 37, Bismarckstr. 29, zu richten.

Achtung! Dill-Bergleute!

Sonntag, den 1. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr findet in Dillenburg im Lokal Adler eine

Konferenz des Gewerkevereins christlicher

: : Bergarbeiter für das Dillrevier : :

statt. 8 Tage überall Versammlungen.

Tagesordnung: Schlichtung und Lohnfrage.

Eckert, Bezirksleiter.

Wir suchen

Schmiede, Former, Dreher u. Hilfsarbeiter

Bogerls Maschinenfabrik, Saiger.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben Enkelchen sagen herzlichen Dank

im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Fritz Klamburg.

Dillenburg, den 27. November 1918.

Todes-Anzeige.

Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen heute Vormittag 9 1/2 Uhr meinen lieben Mann, den

Maschinenisten Karl Will

nach langem schwerem Leiden im Alter von 57 1/2 Jahren zu sich zu nehmen.

Dies zeigt mit der Bitte um stille Teilnahme allen Verwandten, Freunden und Bekannten an

Frau Karl Will Wwe. nebst 3 Kindern.

Sechshelden, den 26. November 1918.

Die Beerdigung findet statt: am Freitag, den 29. d. Mts., nachmittags 3 Uhr.

Beilagen: 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Bei dem Kaufmann Trumppfeller in Dillenburg haben das Petroleum unmittelbar abzuholen die Gemeinden Dillbrecht 35 Liter, Dillenburg 40, Niederroßbach 35, Oberroßbach 40, Dillfeld 50, Rodenbach 60 Liter. (Das im November zu meiner Verfügung gehaltene Petroleum kann jetzt abgegeben werden.)

Dillenburg, den 22. November 1918.

Der Landrat: v. Sybel.

Die Herren Bürgermeister des Kreises

ersuche ich, mir bestimmt bis zum 5. Dezember d. J. zu berichten, welche Versicherungsverträge (Versicherungen) in Ihren Gemeinden bestehen, wieviel Mitglieder ihnen angeschlossen sind, und wie hoch sich die Versicherungsbeiträge und die Reinerträge der einzelnen Vereine belaufen.

Beilage ist erforderlich.

Dillenburg, den 25. November 1918.

Der Landrat: v. Sybel.

Aus dem Felde zurück.

Nehme Bestellungen entgegen.

K. Budde, Installationsgeschäft.

Erfahrener Kaufmann,

26 Jahre alt, der in privaten Betrieben und amtlicher Stellung Vertrauensposten inne hatte (in leitender Stellung), sucht zum 1. Januar anderweitige, dauernde Position. Anfragen unter K. R. 4433 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Quartierzettel

vorrätig in der Buchdruckerei G. Weidenbach, Dillenburg.

Matraken

werden ausgepöbelt bei K. Richter, Dillenburg, Schulstraße 6.

Wassermaschinen

gut und preiswert stets am Lager. Th. Kerber, Siegen, Kölner-Straße 6, Telefon Nr. 1264.

Gut erhaltenes Kinderbett

zu verkaufen. Näh. Marbachstr. 53.

Kolonialwarengeschäfte

Kriegsbeschädigte u. i. w. lichen Sie sich jetzt schon den Verkauf meiner prima Feld- u. Gartensamereien schnellste, zuverl. Bedienung. F. A. Jacobs, Weilsburg S. A.

Haus,

6-8 Räume, mit Garten, möglichst modern und bequem eingerichtet, sofort oder später zu mieten gesucht.

Franz Berger, Effen, Sibyllastrasse.

Zeitungsträger

in Dillenburg für einige Stunden werktags nachmittags gegen guten Lohn gesucht. Meldungen an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbitten.

Ein tüchtiges Mädchen,

welches melken kann, auf 1. Januar gesucht.

Adolf Rudersdorf, Bäckerei, Saiger.

Stundenmädchen

gesucht. Frau K. Budde.

Kreuzzügel

verloren am Oberror. Wiederbringer erhält Belohnung bei August Schnurr.

Bekanntmachung.

Donnerstag, den 23. Nov., nachm. von 2-4 Uhr

Weißkraut

an der Städt. Scheune am Baumweg. Der Magistrat.

Eicheln.

Kaufe jedes Quantum ungeheime

Eicheln

kauft zu 10 Pfg. das Pfund

K. K. Reun, Niederscheld.

Eine junge Vogelsberger

Fabrik

hat zu verkaufen

Adolf Ludwig Bruchel, Mandeln, Dillkreis.

Milch- u. Fabrik

verkauft.

K. K. Schmidt, Effenroth, Dillkreis.

3 Mutterchase

zu verkaufen.

Willy Gräß, Oberscheld.

18 Stück Schafe

1 engl. Bock und 1 Hund 100.1 zu verkaufen.

W. Klein, Schäfer, Birzenhain (Dillkreis).

Junger Mann,

mit kaufm. Geschäftsführung völlig vertraut, früher selbstständig gewesen, sucht Stelle auf kaufmännisch. Büro oder bei Bedörde, möglichst in Saiger oder Umgegend.

Gef. Angeb. unter G. M. 4478 an die Geschäftsstelle.

Stundenmädchen

Auf sofort oder Frau gesucht. Frau Sch. Gail.

1. Bei Entlassung ist den zu Entlassenden von den Mithilfenden Bescheinigung für drei Tage mitzugeben.

2. Soweit die Entlassenen binnen dieser Zeit noch nicht in die Lebensmittelversorgung ihres neuen Wohnorts aufgenommen sind, erhalten sie vom 4.-7. Tage nach der Entlassung auf Grund ihrer Entlassungsbefcheinigung durch die Behörden die erforderlichen Ausweise zur Beschaffung ihrer Verpflegung oder, soweit Massenverpflegungen oder besondere Verpflegungsstellen vorhanden sind, Verpflegung aus diesen.

Auf der Entlassungsbefcheinigung (Goldbuch) ist zu vermerken, wo und wann Ausweise oder Verpflegung gegeben sind. Nach Ablauf von 7 Tagen werden die Entlassenen regelmäßig in die Lebensmittelversorgung ihrer Wohngegend aufgenommen sein.

4. Personen, die eine Entlassungsbefcheinigung nicht vorweisen können, sind in erster Linie an militärische Verpflegungsstellen zu verweisen; befindet sich eine solche nicht am Orte, so sind ihnen die zur Beschaffung der Verpflegung erforderlichen Ausweise jeweils für 1-2 Tage zu geben oder es ist ihnen durch Zuweisung zu Massenverpflegungen u. s. w. für diese Zeit die Verpflegung zu ermöglichen. Dabei ist darauf hinzuwirken, daß sie sich auf schnellstem Wege bei der nächsten militärischen Verpflegungsstelle melden. Es empfiehlt sich, solchen Personen als Ausweis für die nächste Verpflegungsstelle eine Bescheinigung darüber auszuhandigen, wann, wo und wie lange ihnen Verpflegungsausweise oder Verpflegung gegeben sind.

5. Eine Verpflichtung zu unentgeltlicher Verpflegung wird hierdurch den Gemeinden nicht auferlegt.

6. Den Kommunalverbänden wird auf Antrag für die durch die Zwischenverpflegung (Ziffer 3 und 4) herbeigeführte Mehrbelastung Ersatz gewährt werden. Anträge auf Ersatz sind bei der für die Lieferung in Betracht kommenden Provinzial-, Landes- oder Reichsstelle unter Angabe der verpflegten Personen und der Verpflegungstage zu stellen.

Dillenburg, den 23. November 1918.

Der Landrat: v. Sybel.

Der Bezirksverband des Regierungsbezirks Wiesbaden hat eine Kriegshilfskasse errichtet mit dem Zweck der Gewährung von Darlehen an Kriegsteilnehmer oder deren Angehörige aus den Kreisen des selbständigen Mittelstandes, soweit sie durch den Krieg in Bedrängnis geraten und zur Erhaltung oder Wiederherstellung ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit auf diese Hilfe angewiesen sind.

Darlehen aus der Kriegshilfskasse werden nur in den Fällen gewährt, in denen Real- oder Personalkredit auf anderem Wege nicht zu erlangen ist. Die Voraussetzungen für die Gewährung eines Darlehens ist ferner, daß der Nachsuchende einer Beihilfe würdig ist und die Erreichung des vorbestimmten Zwecks erwartet werden kann. Die Darlehen werden mit kurz bemessener Rückzahlungsfrist (regelmäßig für die Dauer eines Jahres) gewährt, die erforderlichenfalls nach erneuter Prüfung der Sachlage verlängert werden kann, und sind regelmäßig in Raten zurückzuführen. Wenn die Verhältnisse des Antragstellers es gestatten, kann verlangt werden, daß der Schuldner sein Leben bei der Kassatischen Lebensversicherungsgesellschaft und diese Versicherung als Pfand bestellt, es sei denn, daß er anderweit versichert ist und hiermit Pfand bestellen kann.

Das Darlehen soll die Summe von 3000 M. nicht übersteigen, es kann auch in Form der Eröffnung eines Kredits zur Verfügung gestellt werden. Der Zinssatz soll 4 Prozent nicht übersteigen. Gesuche um Gewährung von Darlehen, zu denen Druckmuster hier kostenlos zu haben sind, sind durch meine Vermittlung der Direktion der Kass. Landesbank einzureichen.

Dillenburg, den 23. November 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Die Herren Bürgermeister des Kreises

werden angefleht, in ihrem Gemeindebezirk an den Marschkrahen verendete Pferde an die Abdeckerien abzugeben oder sonst zu entfernen. Die Truppe ist auf dem Marsch dazu nicht in der Lage. Ebenso werden die Herren Bürgermeister ersucht, für Entfernung niedergeborener Fahrzeuge von den Straßen Sorge zu tragen.

Etwa von der Truppe zurückgelassenes Heeresgerät ist in Verwahrung zu nehmen und unverzüglich hierher Mitteilung zu machen.

Der Generalintendant des Heeres fordert Bereitstellung ausreichender Mengen Holz für unterzubringende Truppen. Sie werden ersucht, sofort das Notwendige zu veranlassen.

Dillenburg, den 27. November 1918.

Der Landrat.

Pferde-Versteigerung.

Nach Mitteilung des Bürgermeisters in Dethorn werden morgen Donnerstag, den 28. d. Mts., auf dem Schießplatz in Dethorn, vormittags 10 Uhr, 60 Pferde versteigert. Händler sind eingeladen. Die Bieter haben sich durch einen Ausweis ihrer Ortsbehörde auszuweisen, daß sie keine Händler sind.

Dillenburg, den 27. November 1918.

Der Landrat: v. Sybel.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Ich ersuche, bestimmt bis zum 3. Dezember d. J. zu anzeigen, welche Beträge an Reichs-Familien-Unterstützungen die Gemeindefassen im Monat November d. J. vorgelegt haben.

Die Zulagen (10 bzw. 8 M.) sind besonders anzugeben. Dillenburg, den 26. November 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Petroleum.

Das Petroleum für den Monat Dezember gelangt in den nächsten Tagen zur Ausgabe und zwar in folgender Weise:

Es erhalten mittels Tankwagen direkt die Gemeinden Allendorf 440 Liter, Burg 440, Hammersbach 120 (durch Kaufmann Schol. Saiger), Heilsbach 280, Saiger 220, Saigerfeldbach 180 (durch Köhlinger-Saiger), Dethorn 430, Dethornfeldbach 640, Hirsenhain 340, Hirsbach 240, Mandeln 260, Merkenbach 280, Steinbach 150 Liter.

Bei dem Kaufmann Fritz Reinhard in Dethorn haben das Petroleum unmittelbar abzuholen die Gemeinden Allendorf 80 Liter, Arborn 180, Ballersbach 250, Beilsbach 230, Guntersdorf 92, Haken 110, Helligensborn 30, Heisterberg 62, Hirschberg 85, Mademühlen 185, Meidenbach 180, Mündhausen 130, Rensdorf 145, Oberndorf 140, Odersberg 92, Rabenscheid 120, Rodenberg 70, Rodenroth 160, Roth 140.